



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

Für Sie im
Deutschen Bundestag



Newsletter

vom 14. Juni 2021

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

„Wir haben nur einen Planeten“	1
Bessere Löhne in der Pflege.....	2
Historischer Schritt gegen Ausbeutung.....	3
Transparenzregeln werden deutlich verschärft	4
Mehr Frauen in die Vorstände	5
Ganztagsbetreuung für Grundschüler wird jetzt verbindlich geregelt	6
Ambitionierte Ziele für den Klimaschutz	8
Faire Verträge für Verbraucher:innen.....	9
Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken.....	10
Effektive Aufklärung von Bedrohungen.....	11
CORONA: Weiter Vorsicht geboten	12
„Die Lärmbelastung soll wieder einmal Richtung Südbaden ausgelagert werden“	13
Weitere Mitsprache bei der Schweizer Endlagersuche sicher	14
Maja Göpel: „Wenn ich anzeige, was in der Zukunft sein sollte, kann das andere einfacher vergehen“	15
Wirtschaftsgespräch: Effizient und klimafreundlich bauen.....	17
Sozial, nachhaltig, klimafreundlich – ein Wohnbeispiel	18
95.000 Euro Zuschuss fürs Familienzentrum.....	19
Parkprogramm_1: 391.500 Euro für den Riedpark.....	19
Parkprogramm_2: 250.000 Euro für Knöpfleswies 2.0.....	20
ONLINEDIALOG Generation Corona im Aufbruch.....	21
FRAKTION VOR ORT Chancengleichheit & digitales Lernen.....	22
MITMACHEN! Aktiv für Demokratie und Toleranz.....	23

NEUES AUS BERLIN



„Wir haben nur einen Planeten“

DBU-Kuratoriumsvorsitzende Rita Schwarzelühr-Sutter eröffnet in Berlin die 6. Woche der Umwelt: „Wir müssen unsere Lebensstile transformieren, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.“

Zusammen mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier hat die Kuratoriumsvorsitzende der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) Rita Schwarzelühr-Sutter am Donnerstag im Park von Schloss Bellevue in Berlin die 6. Woche der Umwelt (WdU) eröffnet. Wie aktuell und bedeutend die Themen dieser Umwelt-

woche unter dem Motto „So geht Zukunft“ sind, zeigte die Teilnahme der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und des US-Klimabeauftragten John Kerry.

„So geht Zukunft“ ist das WdU-Motto. Damit werde der Anspruch formuliert, gemeinsam zu überlegen, wie die Gesellschaft nachhaltig gestaltet werden kann, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter in ihrer Begrüßungsrede. Dazu brauche es Mut, Offenheit und soziale Innovationen, politischen Willen und kluge Ideen. Um Kindern und Enkeln langfristig ein gutes und zukunftsfähiges Leben zu ermöglichen, müsse Zukunftsverantwortung heute neu und anders erfüllt werden. Dazu seien gesellschaftliche Aushandlungs- und Verständigungsprozesse notwendig. „Wir werden unsere Lebensstile transformieren, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft“, sagte die DBU-Kuratoriumsvorsitzende: „Dabei müssen wir achtsam mit dem Klima, der Natur und den Ressourcen umgehen. Oder anders ausgedrückt, unsere Lebensgrundlagen schützen. Wir haben nur einen Planeten“.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier forderte einen Generationenvertrag für Klimaschutz und sprach von einer „Transformation der Gesellschaft in einer gewaltigen Dimension“. Der ressourcenschonende Umgang mit der Erde sei zugleich „nur durch eine globale Anstrengung zu bewältigen“. Er rief in seiner Klimarede mit Blick auf die jungen Menschen, die in der Corona-Pandemie zurückgesteckt hätten, dazu auf, deren Zukunft „und die Zukunft künftiger Generationen“ im Kampf gegen den Klimawandel zu schützen. „Wir befinden uns mitten im Umbruch ins postfossile Zeitalter“, so das Staatsoberhaupt.

Bessere Löhne in der Pflege

Das Bundestag hat die Pflege-reform beschlossen, die für bessere Löhne sorgt. Mehr als eine halbe Million Pflegekräfte sollen profitieren.

Pflegerinnen und Pfleger in Deutschland sind am Limit – nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie. Druck und Überforderung sind in der Branche durch die Pandemie aber noch einmal gestiegen und haben dazu geführt, dass der Bundestag jetzt eine Pflege-reform verabschiedet hat, die für bessere Löhne für die Beschäftigten in der Altenpflege sorgen soll.

Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag ließ sich wegen des Vetos aus den Reihen der kirchlichen Träger leider bisher nicht durchsetzen. Dabei würde eine tarifliche Entlohnung der Beschäftigten die Arbeitssituation in der Pflege deutlich verbessern: Bessere Löhne machen den Beruf attraktiver und erleichtern es, dringend benötigte Fachkräfte für die Altenpflege zu gewinnen und zu halten – bessere Löhne gibt es bei mehr Tarifbindung.

Da sich die angespannte Situation in der Pflege mit der Pandemie weiter zugespitzt hat, muss das gesetzte Ziel auf einem anderen Weg angesteuert werden: Pflegeeinrichtungen (gem. SGB XI) sollen ab dem 1. September 2022 nur dann als solche zugelassen werden, wenn sie tarifgebunden sind.

Dies ist der Fall, wenn die Pflegeeinrichtung selbst mit einer Gewerk-

schaft einen Tarifvertrag abgeschlossen hat oder Mitglied in einem Pflege-Arbeitgeberverband ist, der einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Alternativ ist auch ausreichend, wenn die Pflegeeinrichtung ihre Beschäftigten mindestens in Höhe eines Pflege-Tarifvertrags bzw. von Arbeitsvertragsrichtlinien des kirchlichen Bereichs entlohnt. Diese Vorgaben gelten dann auch für bereits bestehende Pflegeeinrichtungen. Dazu soll die bisherige Regelung erweitert werden, dass die Pflegeversicherung tarifvertragliche Löhne refinanzieren – also vollständig bezahlen – muss und nicht als unwirtschaftlich ablehnen kann.

Wenn künftig alle Pflegeanbieter Tariflöhne zahlen müssen, um von der Pflegekasse die Leistungen erstattet zu bekommen, kommt dies mehr als einer halben Million Pflegekräften zugute. Dies gilt für alle Tarifverträge, die mit Gewerkschaften ausgehandelt sind: flächendeckende Tarife, regionale Tarife oder Haustarife.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Entlastung der Pflegebedürftigen im stationären Bereich, denn deren Eigenanteile würden durch Lohnsteigerungen in erheblichen Umfang steigen. Die hierzu gemachten Vorschläge verhindern eine finanzielle Überforderung vieler Pflegebedürftiger. In dieser Wahlperiode hat die Koalition zudem schon für eine Entlastung der Angehörigen gesorgt, die sich erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro an den Heimkosten der Eltern beteiligen müssen, wenn deren Einkünfte bzw. Vermögen nicht reichen.

Die Regelungen sollen zum 1. Juli 2022 in Kraft treten.

Historischer Schritt gegen Ausbeutung

Künftig müssen große in Deutschland ansässige Unternehmen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird – und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe ergreifen.

Mit der Koalitionseinigung auf ein Lieferkettengesetz ist der SPD-Bundestagsfraktion ein Durchbruch gelungen. Sie hat damit ein zentrales Anliegen unter Dach und Fach gebracht. Große Teile der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollten das deutsche Lieferkettengesetz blockieren oder es im Sinne verantwortungsloser Unternehmen weichspülen. Die SPD-Fraktion hat aber bis zum Schluss auf klare Regeln bestanden – auch aus Fairness gegenüber jenen Unternehmen, die Menschenrechte schützen. Nun wurde das Gesetz verabschiedet.

„Ich habe selbst vor Ort zu oft Menschen leiden sehen müssen, die unter brutalsten Bedingungen für unsere Konsumgüter ausgebeutet werden“, sagt der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sascha Raabe. Damit müsse jetzt endlich Schluss sein.

Künftig müssen große in Deutschland ansässige Unternehmen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird – und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe ergreifen. In die Verantwortung genommen sind ab

2023 Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten, wobei es für das Jahr 2023 eine Übergangsphase gibt, bei der zunächst nur Unternehmen mit 3.000 Beschäftigten erfasst werden. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen. Bei großen Unternehmen können diese mehrere Millionen Euro betragen und den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen zur Folge haben.

Außerdem können Betroffene, die ihre Menschenrechte verletzt sehen, ihre individuellen Ansprüche gegenüber deutschen Unternehmen leichter geltend machen: Sie können sich von einer Nichtregierungsorganisation oder Gewerkschaft vor deutschen Gerichten vertreten lassen. Damit wird ein neues Kapitel aufgeschlagen, denn Deutschland wird dann eines der effektivsten Lieferkettengesetze innerhalb Europas haben. Ausbeuterische Kinderarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten müssen ein Ende haben. Das sogenannte Sorgfaltspflichtengesetz ist da ein wichtiger Schritt – und ist eine gute Blaupause für eine europäische Lösung.

Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion zudem deutlich nachgeschärft: So wird der Anwendungsbereich des Gesetzes auch auf ausländische Unternehmen mit Niederlassung in Deutschland ausgeweitet. Auch Betriebsräte sind künftig beim Sorgfaltspflichtenmanagement mit einzubeziehen. Das wird die Qualität deutlich erhöhen.

Transparenzregeln werden deutlich verschärft

Nach den Korruptionsskandalen in der Unionsfraktion hat die SPD-Fraktion eine eindeutige Verschärfung der parlamentarischen Transparenzregeln bei Nebeneinkünften und Aktienoptionen durchsetzen können.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion werden die parlamentarischen Transparenzregeln deutlich verschärft. Seit Jahren fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine umfassende Reform dieser Regeln. Nach den Korruptionsskandalen in den Reihen der Unionsfraktion lenkte diese endlich ein. Nach mehreren Verhandlungen im März konnte die SPD-Fraktion sämtliche Forderungen in diesem Bereich durchsetzen.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Durch das Fehlverhalten von einigen Unionsabgeordneten ist Vertrauen zerstört worden. Mit dem Gesetz, das in dieser Woche verabschiedet wurde, wird unsere parlamentarische Demokratie gestärkt.

„Ich bin froh, dass wir uns nach vielen Jahren harter Diskussionen nun schnell auf diese deutlich verschärften Regeln für mehr Transparenz im Bundestag geeinigt haben. Ich hoffe, dass damit fahrlässig verspieltes Vertrauen in Politik zurückgewonnen werden kann“, sagt Rolf Mützenich, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Reform im Einzelnen:

1. Anzeigepflichtige Einkünfte aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen werden künftig betragsgenau (auf Euro und Cent) veröffentlicht. Einkünfte sind anzeigepflichtig, wenn sie im Monat den Betrag von 1.000 Euro oder bei ganzjährigen Tätigkeiten im Kalenderjahr in der Summe den Betrag von 3.000 Euro (bisher 10.000 Euro) übersteigen.
2. Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften werden künftig bereits ab fünf Prozent (bislang: 25 Prozent) der Gesellschaftsanteile veröffentlicht.
3. Auch Einkünfte aus anzeigepflichtigen Unternehmensbeteiligungen (z.B. Dividenden, Gewinnausschüttungen) werden veröffentlicht.
4. Aktienoptionen werden künftig veröffentlichungspflichtig, und das unabhängig von der Frage, ob sie einen bezifferbaren Wert haben.
5. Von Dritten bezahlte Lobbytätigkeit von Bundestagsabgeordneten gegenüber der Bundesregierung oder dem Bundestag wird gesetzlich verboten. Ehrenamtliche Tätigkeiten gegen Aufwandsentschädigung, etwa im Vorstand eines Vereins, sollen erlaubt bleiben, sofern die Aufwandsentschädigung verhältnismäßig ist und zehn Prozent der monatlichen Aufwandsentschädigung nicht übersteigt.
6. Wenn Abgeordnete ihre Mitgliedschaft zu geschäftlichen Zwecken missbrauchen, gegen das gesetzliche Verbot der entgeltlichen Interessenvertretung für Dritte oder gegen das Verbot der Honorare für Vortragstätigkeiten verstoßen und hierdurch Einnahmen erzielen, sind diese Einnahmen an den Bundestag

abzuführen. Als zusätzliche Sanktion für diese Fälle kann auch ein Ordnungsgeld bis zur Hälfte der jährlichen Abgeordnetenentschädigung verhängt werden.

7. Die Entgegennahme von Geldspenden durch Abgeordnete und Honorare für Vorträge im Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit werden verboten.

Darüber hinaus werden die Delikte des § 108e StGB (Abgeordnetenbestechlichkeit und -bestechung) künftig als Verbrechen mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet.



www.schwarzeluhr-sutter.de

Mehr Frauen in die Vorstände

Frauen sind in den Vorständen von Unternehmen immer noch deutlich in der Minderheit. Das soll sich ändern – mit einer Quote per Gesetz.

Vorstandsposten in Deutschland sind in der Regel immer noch Männersache: So ist der Frauenanteil auch bei den börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmen nach wie vor äußerst gering. Und von allein wird sich daran auch nichts ändern: Rund 78 Prozent der Unternehmen, die zur Festlegung einer Zielgröße verpflichtet sind, setzen sich entweder gar keine oder die Zielgröße „null Frauen“.

„Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Quoten wirken - freiwillig funktioniert es nicht“, sagt Katja Mast, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Unternehmen deshalb stärker in die Verantwortung nehmen. Mit dem Zweiten Führungspositionen-Gesetz, das in dieser Woche verabschiedet wurde, soll den Unternehmen eine feste Quote vorgeschrieben werden: So sollen die börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig und rein männlich besetzt ist.

Dazu kommt: Börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen müssen künftig in jedem Fall begründen, wenn sie sich als Zielgröße für den Frauenanteil eine „Null“ setzen – für

den Aufsichtsrat, Vorstand oder eine der beiden obersten Leitungsebenen unterhalb des Vorstands. Wer nicht begründet oder sich weiterhin keine Zielgröße setzt, dem drohen empfindliche Bußgelder.

Gleichzeitig soll der Bund mit gutem Beispiel vorangehen: Für die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes sieht das Gesetz eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen vor. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts wie den Krankenkassen und den Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie bei der Bundesagentur für Arbeit will die Koalition ebenfalls eine Mindestbeteiligung einführen. Und im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis zum Jahr 2025 Führungspositionen hälftig mit Frauen besetzt sein.

Für Katja Mast ist das Gesetz ein historischer Erfolg: „Diese Quote in den Chefetagen ist nur möglich, weil so viele Frauen und Männer dafür gekämpft haben – viele über Jahrzehnte. Mit wirksamen Quoten sorgen wir für mehr Gerechtigkeit und eine bessere Unternehmenskultur - davon profitieren alle.“



[Twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)

Ganztagsbetreuung für Grundschüler wird jetzt verbindlich geregelt

Mehr Freiräume für die Eltern, bessere Chancen für die Kinder: Künftig haben Eltern einen Rechtsanspruch darauf, dass ihre Kinder in der Grundschule bis in den Nachmittag hinein betreut werden.

Die Corona-Pandemie hat allen noch einmal vor Augen geführt, was unsere Bildungseinrichtungen leisten und wie sehr unsere Gesellschaft auf sie angewiesen ist. Vor allem Kitas und Grundschulen entlasten Familien im Alltag entscheidend und sind ein Gewinn für alle Beteiligten. Das ist nicht neu, bekommt aber durch die in der Pandemie gemachten Erfahrungen einen neuen Schub.

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft schon seit langem für einen Ausbau der Ganztagsbetreuung - auch in der Grundschule. Bisher haben Eltern nur einen Rechtsanspruch auf einen Kita-platz – ab vollendetem ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Nach der Einschulung entsteht für viele Eltern eine Betreuungslücke, da die Grundschule in der Regel mittags endet.

Genau diese Lücke wird jetzt schrittweise geschlossen: Denn der Bundestag hat dazu beschlossen, dass Eltern künftig auch einen Anspruch darauf haben, ihre Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag hinein betreuen zu lassen.

Ab 2029: Ganztagsbetreuung für jedes Grundschulkind

Ab 2026 sollen alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, in den Folgejahren wird er um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Somit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Das kommt den Eltern und Kindern gleichermaßen zugute. Kinder erhalten nach dem Unterricht in der Betreuung ein warmes Mittagessen, machen dort ihre Hausaufgaben und können anschließend mit ihren Freundinnen und Freunden spielen. Besuchen sie eine Ganztagschule, wechseln sich Schule und Freizeit bis zum späteren Nachmittag rhythmisiert ab. Danach können die Kinder noch einen Späthort besuchen.

Beide Modelle sichern allen Kindern die besten Entwicklungschancen und helfen vor allem denjenigen, deren Eltern zuhause weniger Unterstützung bei den Schulaufgaben leisten können. „Wenn die pädagogische Qualität sichergestellt ist, können Schülerinnen und Schüler dort Lernrückstände deutlich aufholen oder von Anfang an vermeiden“, sagt Bärbel Bas, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.

Vor allem Frauen profitieren

Gleichzeitig erhalten Eltern die nötigen Spielräume in der Gestaltung ihres Alltags. „Der Rechtsanspruch erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bringt so besonders für Frauen, die immer noch häufig beruflich zurückstecken, eine deutliche Erleichterung“, sagt dazu Katja Mast,

die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern soll in Horten ebenso wie in offenen und gebundenen Ganztagschulen erfüllt werden. Dafür müssen noch zahlreiche zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Bund unterstützt mit 3,5 Milliarden Euro

Damit Länder und Gemeinden ein solches Angebot schaffen können, unterstützt der Bund den Ausbau mit bis zu 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in Ganztags- und Betreuungsangebote. Davon werden 750 Millionen Euro über das Investitionsprogramm zum beschleunigten Ausbau der Bildungsinfrastruktur für Grundschulkindern bereits abgedeckt. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus aber auch an den laufenden Betriebskosten der Ganztagsbetreuung: mit 100 Millionen jährlich ab 2026 und dann ansteigend bis 2030 mit 960 Millionen pro Jahr. Der Bundesrat muss der Reform noch zustimmen.



facebook.com/schwarzueluhr-sutter

Ambitionierte Ziele für den Klimaschutz

Der Entwurf für ein neues Klimaschutzgesetz sieht vor, dass Deutschland in den nächsten Jahren deutlich mehr CO₂ einsparen soll als bisher geplant. Bereits 2045 soll die Klimaneutralität erreicht sein.

Mit einem novellierten Klimaschutzgesetz will die Koalition den Klimaschutz in Deutschland schneller voranbringen. Das von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) im Jahr 2019 vorgelegte Klimaschutzgesetz hatte in Deutschland erstmals gesetzlich verbindliche Regeln zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes für CO₂-intensive Sektoren festgelegt und damit auch erstmals einen Weg zur Klimaneutralität vorgezeichnet. Die SPD-Fraktion hat sich schon damals für die Vereinbarung von CO₂-Minderungszielen auch nach 2030 eingesetzt, die von der Union nicht mitgetragen wurden.

Bis 2045 klimaneutral

Jetzt bringt sie die Koalition angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und des neuen 2030-Klimaziels der Europäischen Union auf den Weg. Der Gesetzentwurf, den der Bundestag am Donnerstag in 1. Lesung beraten hat, bestimmt die Ziele für die CO₂-Reduktion auch nach 2030. Zusätzlich sollen bis 2030 die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 65 Prozent reduziert werden. Bis 2040 sollen sie bereits um 88 Prozent

gegenüber dem Vergleichsjahr zurückgegangen sein. Spätestens bis 2045 – und damit fünf Jahre früher als bisher festgelegt – soll Deutschland komplett klimaneutral sein. Gleichzeitig werden mit dem Gesetz auch die maximal zulässigen Jahresemissionsmengen der verschiedenen Sektoren bis 2030 angepasst. Das gilt für die Bereiche Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, sowie Landwirt- und Abfallwirtschaft. Für die Jahre 2031 bis 2040 und 2041 bis 2045 sollen laut Entwurf 2028 bzw. 2032 die genauen Vorgaben bestimmt werden.

Mit dem neuen Klimaschutzgesetz legt die Koalition ambitionierte Ziele in Sachen Klimaschutz fest. Als nächstes müssen die Maßnahmen folgen, mit denen diese Ziele erreicht werden können. „Die rasche Novellierung des Klimaschutzgesetzes ist ein wichtiger Beschluss. Entscheidend sind jetzt die konkreten Maßnahmen auf unserem Weg in ein klimaneutrales Deutschland im Jahr 2045“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch.

Auf Ziele folgen Maßnahmen

Die Koalition wird daher auch ein Sofortprogramm mit ersten Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaziele auf den Weg bringen. Entscheidend dabei ist aus der Sicht der SPD-Fraktion vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien. „Bis 2040 wollen wir unseren Strombedarf komplett aus erneuerbaren Energien decken“, sagt Matthias Miersch. Und er stellt klar: „Wir können uns auch keine Debatte mehr darüber leisten, ob auf Dächer künftig Solaranlagen gebaut werden müssen oder nicht - wenn wir unsere

Klimaziele erreichen wollen, führt daran überhaupt kein Weg vorbei.“ Notwendig sei ein zwischen Bund und Ländern vereinbarter verbindlicher Zukunftspakt zum Ausbau erneuerbarer Energien einschließlich massiver Investitionen in Klimaschutz.

Ein weiteres Instrument für mehr Klimaschutz ist die bereits zum Jahresanfang begonnene CO₂-Bepreisung. Sie beruht auf einem gemeinsamen Beschluss von CDU, CSU, SPD und den Grünen, der jetzt nicht gleich wieder aufgekündigt werden sollte. CO₂-Preise setzen Anreize, in klimafreundliche Technologien zu investieren. Für die SPD-Fraktion geht es dabei aber immer auch um soziale Fragen: Denn Klimaschutz darf bestehende Ungerechtigkeiten nicht vertiefen und keine neuen schaffen.

Viele Menschen sind auf Mobilität und oft das eigene Auto angewiesen. Und eine warme Wohnung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. „Klimaschutz wird nur funktionieren, wenn die Gesellschaft zusammenhält“, sagt SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. Die Debatte über CO₂-Preise müsse sensibel geführt werden, weil viele nicht gleich auf andere Mobilitätsformen oder Heizungen umsteigen könnten.

Das heißt für die SPD-Fraktion: Wir brauchen vor allem Investitionen in klimafreundliche Alternativen wie Wärmepumpen, E-Mobilität oder einen besseren Nah- und Schienenverkehr. Ohne diese Alternativen können die Menschen nicht umsteigen.

Faire Verträge für Verbraucher:innen

Verbraucher:innen können zukünftig einfacher und ohne Zeitdruck ihre Verträge kündigen und zu besseren Angeboten wechseln.

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat dafür gesorgt, dass lästige und teure automatische Vertragsverlängerungen bald der Geschichte angehören. Künftig gilt: Handyvertrag, das Fitnessstudio oder das Zeitschriften-Abo können nach der anfänglichen Vertragslaufzeit monatlich gekündigt werden. Das spart bares Geld und belebt den Wettbewerb um bessere Angebote und besseren Service.

Verbrauchern wird zudem ermöglicht, Forderungen zum Beispiel nach Flugverspätungen an einen Dienstleister abzutreten und so schnell zu ihrem Geld zu kommen.

Mit dem Gesetz für faire Verbraucher-Verträge werden Verbraucher vor telefonisch untergeschobenen Strom- und Gas-Verträgen geschützt. Und es wird ein verpflichtender Kündigungsbutton bei Online-Verträgen eingeführt. Wer online einen Vertrag schließt, kann diesen dann auch zukünftig online mit einem einfachen Klick kündigen und bekommt die Kündigung auch sofort bestätigt

Eine Verkürzung der anfänglichen Vertragslaufzeit auf maximal ein Jahr, wie von Justizministerin Lambrecht vorgeschlagen, hat die Union ebenso blockiert wie einen Schutz vor unter-

geschobenen Telefonverträgen in anderen Branchen. Die Union hat sich hier leider gegen die Interessen der Verbraucher:innen gestellt. Die SPD-Fraktion setzt sich aber weiterhin für eine maximale Vertragslaufzeit von einem Jahr für Verbraucher ein.

Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken

Die Verbraucher:innen werden künftig besser vor falschen Bewertungen auf Plattformen, Abzocke auf Ticketbörsen oder bezahlten Rankings auf den Vergleichsportalen geschützt.

Die Rechte von Verbraucher:innen werden gestärkt: Sie werden künftig besser vor falschen Bewertungen auf Plattformen, Abzocke auf Ticketbörsen oder bezahlten Rankings auf Vergleichsportalen geschützt. Auch der Schutz bei Kaffeefahrten und Haustürgeschäften wird mit einem in dieser Woche verabschiedeten Gesetzespaket verbessert sowie Rechtssicherheit für Influencer in sozialen Netzwerken geschaffen.

Online-Marktplätze müssen künftig unter anderem künftig darüber informieren, ob es sich beim Anbieter um einen Unternehmer handelt oder nicht. Ticketbörsen müssen auch den ursprünglichen Originalpreis des Tickets angeben. Beim Vergleich von Waren oder Dienstleistungen müssen Plattformen über die Hauptparameter ihres Rankings und deren Gewichtung informieren und ob sie Provisionen er-

halten. Bei Nutzerbewertungen darüber, ob und wie sie sicherstellen, dass die Bewertungen tatsächlich von Verbraucher:innen und Verbrauchern stammen.

Verbraucher:innen können so besser beurteilen, warum welches Produkt oben steht im Ranking und ob Bewertungen seriös sind. Damit werden sie vor Irreführung und Abzocke auf Online-Marktplätzen geschützt.

Influencer und Blogger:innen müssen ein Posting nur dann als Werbung kennzeichnen, wenn es eine Gegenleistung gibt. Das schafft Rechtssicherheit und Verbraucher:innen können möglicherweise besser beurteilen, ob sie einer Empfehlung vertrauen wollen oder nicht.

Bei Kaffeefahrten wird der Vertrieb von Medizinprodukten, Nahrungsergänzungsmitteln und Finanzdienstleistungen verboten. Zudem wird die Anzeigepflicht der Veranstaltenden gegenüber der zuständigen Behörde und die Informationspflichten bei der Werbung verschärft. Damit werden insbesondere ältere Verbraucher:innen geschützt, die hier immer wieder unter Druck gesetzt und über den Tisch gezogen werden.

Verbraucher:innen bekommen zudem erstmalig einen Schadensersatzanspruch bei unlauteren geschäftlichen Handlungen wie etwa einer irreführenden Werbung.

Wenn ein Handelsvertreter einfach an der Haustür klingelt und es zu einem Vertrag kommt, darf dieser künftig nicht mehr eine Sofortzahlung über 50 Euro verlangen.

Effektive Aufklärung von Bedrohungen

Nachrichtendienste und Bundespolizei erhalten mehr Befugnisse bei der Überwachung digitaler Kommunikation, um Bedrohungen für den Rechtsstaat leichter aufzuklären und Straftaten besser verfolgen zu können.

Mit der Novelle des Verfassungsschutzgesetzes sowie des Bundespolizeigesetzes erhalten Nachrichtendienste und Polizei mehr Befugnisse bei der Überwachung digitaler und verschlüsselter Kommunikation. Ziel ist es, im digitalen Zeitalter schwere Bedrohungen für unseren Rechtsstaat und für die freiheitliche Grundordnung leichter aufzuklären. Wehrhafte Demokratie braucht einen wirksamen Verfassungsschutz als Frühwarnung. Dabei erfordert die effektive Aufklärung schwerer Bedrohungen zeitgemäße Befugnisse.

Der Entwurf zum Bundespolizeigesetz sieht vor allem neue Kompetenzen und Befugnisse für die Bundespolizist:innen bei der Verfolgung von Straftaten und bei der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) vor. Bundespolizist:innen sind künftig auch für die Strafverfolgung von Verbrechen zuständig. Darüber hinaus ist die Bundespolizei künftig zuständig für Straftaten im Zusammenhang mit Drohnen oder sogenannten Laserpointern.

Für die Bundespolizist:innen wurde auch eine Rechtsgrundlage für den finalen Rettungsschuss geschaffen.

Der SPD-Bundestagsfraktion ist vor allem wichtig, dass das Bundespolizeigesetz nach einer letzten Reform von 1994 auf den Stand der heutigen Zeit gebracht wird.

Bekämpfung von Rechtsextremismus

Insbesondere für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sollen die Nachrichtendienste mehr Befugnisse für die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) erhalten, die digitale Entsprechung der klassischen Telefonüberwachung. Mit der Quellen-TKÜ kann auf verschlüsselte Messenger-Nachrichten zugegriffen werden. Bei der Bundespolizei ist die Quellen-TKÜ auf Menschenhandel und Schleuserkriminalität beschränkt.

Flankierend werden für die Tätigkeit der Nachrichtendienste die Voraussetzungen für eine verbesserte und erweiterte Kontrolle von TKÜ-Maßnahmen durch die G10-Kommission geschaffen. Die G-10-Kommission ist ein Gremium des Deutschen Bundestags, sie entscheidet über die Notwendigkeit und Zulässigkeit sämtlicher durch die Nachrichtendienste des Bundes durchgeführten Überwachungen im Bereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 unseres Grundgesetzes).

Für diese stärkere Kontrolle durch das Parlament hat die SPD-Fraktion sich in den Verhandlungen stark gemacht. Und es wurde in einer Entschließung festgelegt, dass der G-10-Kommission dafür auch mehr Personal zur Verfügung gestellt werden soll. Onlinedurchsuchungen mit Zugriff auf

gespeicherte Daten, wie es das Bundesinnenministerium und die Unionsfraktion vehement gefordert haben, sind mit der SPD-Fraktion nicht zu machen.

Beobachtung von Einzelpersonen

Bei den Mitwirkungspflichten der Unternehmen hat die SPD-Fraktion im Rahmen der Regelungen für die Nachrichtendienste erreicht, dass diese präziser gefasst werden und klargestellt, dass diese eine Aufhebung von Verschlüsselung ausdrücklich nicht umfassen. Vor dem Hintergrund isolierter Einzeltäter:innen wie in Hanau und Halle sieht der Regierungsentwurf außerdem nun auch die Beobachtung von Einzelpersonen vor.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist der Ansicht, dass es ihr gut ansteht, nicht nur einen starken Staat zu fordern, wenn es um soziale Belange geht, sondern unsere Institutionen auch stark zu machen, wenn es darum geht, dass unsere Demokratie wehrhaft bleibt.



[Instagram.com/rischwasu](https://www.instagram.com/rischwasu)

CORONA: Weiter Vorsicht geboten

Die bundesweite Gefährdungslage durch das Corona-Virus besteht weiter. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen auch das Fortbestehen der epidemischen Lage verlängert.

Eine sinkende 7-Tage-Indizienz, rückläufige Infektionszahlen und eine steigende Impfquote geben Anlass zur Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität. Und dennoch ist Vorsicht geboten: Die bundesweite Gefährdungslage besteht fort. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen das Fortbestehen der epidemischen Lage verlängert.

Noch immer stuft die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Ausbreitung des Corona-Virus als Pandemie ein. Zudem sind laut WHO die derzeit erreichten Fortschritte bei der Pandemie-Bekämpfung auch in der Europa-Region fragil. Insbesondere neue Virusvarianten könnten die Fallzahlen weltweit wieder steigen lassen.

Auch das Robert-Koch-Institut (RKI) schätzt die Gefahr für die Gesundheit in Deutschland noch als hoch ein. Laut RKI besteht in den Landkreisen weiter ein diffuses Infektionsgeschehen, und es muss von einer anhaltenden Zirkulation des Virus und seiner Mutationen in der Bevölkerung ausgegangen werden. Die wichtigsten Schutzmaßnahmen und Einreisebestimmungen müssen deshalb aufrechterhalten werden. In drei Monaten muss der Bundestag erneut über das Fortbestehen der epidemischen Lage entscheiden.

AUS DER REGION

„Die Lärmbelastung soll wieder einmal Richtung Südbaden ausgelagert werden“



Der Züricher Regierungsrat hat den Ausbauplänen der Flughafen Zürich AG zugestimmt und dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt. Die mit der Verlängerung der Piste 28 in westliche Richtung und der Piste 32 in Richtung Norden verbundene Verlagerung von Starts und Landungen verstärkt die Lärmbelastung im Osten, Nordosten und Nordwesten des Flughafens.

Für die SPD-Bundestagsabgeordnete und Umwelt-Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter heißt das: „Die Lärmbelastung soll wieder einmal in Richtung Südbaden ausgelagert werden. Das ist nicht akzeptabel“.

Zusammen mit seinem Votum für die Ausbaupläne der Flughafen AG hat der Züricher Regierungsrat seinen Antrag beim Kantonsrat veröffentlicht, aus dem noch einmal die Detailfolgen der geplanten Veränderungen hervorgehen. Demzufolge würde die Lärmbelastung südlich des Flughafens stark abnehmen, weil Landungen vermehrt über die verlängerte Piste 28 in Ost-West-Richtung erfolgen sollen.

Das bedeutet Lärmsteigerung im Osten durch zusätzlich landende Flugzeuge und leichte Lärmreduktion im Westen, weil die Anzahl der Starts von Piste 28 im Gegenzug verringert würden. Im Nordwesten und Nordosten des Flughafens würde die lärmbelastete Fläche zunehmen, weil mit Verlängerung der Piste 32 der Abhebe- punkt nordwärts verschoben würde.

„Damit würde Zürich vom Lärm entlastet und die nördlich des Flughafens gelegene Grenzregion würde zusätzlich belastet. Das ist wieder ein Plan, von dem nur die Schweizer Seite profitiert“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter. Die Züricher Regierung weist in ihrem Antrag an den Kantonsrat darauf hin, dass insgesamt eine Verbesserung bei der Fluglärmbelastung erzielt werde, weil die Zahl der Personen in Gebieten über den Lärmgrenzwerten durch die

Verlagerung des Lärms in weniger dicht besiedelte Gebiete insgesamt leicht abnehme. Auslöser für die Ausbaupläne war ein Vorfall vom 15. März 2011. Damals waren zwei startende Flugzeuge auf sich kreuzenden Pisten beinahe ineinander gerast. Die folgende Sicherheitsüberprüfung führte zum Plan, für insgesamt rund 250 Millionen Franken die Ost-West-Piste 28 um 400 Meter auf 2900 Meter in Richtung Westen zu verlängern und die Piste 32 in Richtung Norden um 280 Meter auf 3580 Meter auszubauen.

Damit wäre der Weg frei für ein verändertes Betriebskonzept mit deutlich weniger Kreuzungsverkehr und neuer Pistenkapazität, mit der auch die siebenstündige Nachtflugsperrung über der Schweiz eingehalten werden könnte. Auch das zieht Rita Schwarzelühr-Sutter in Zweifel: „Der Klimawandel zwingt uns zwar eigentlich zum Umdenken im Luftverkehr, aber niemand garantiert, dass wir am Ende des Tages unter dem Limit bleiben. Und dann sind neuen Ausnahmen wieder Tür und Tor geöffnet“.

Bisher sieht das Betriebskonzept Landungen von Osten auf Piste 28 und Starts nach Norden auf den Pisten 32 und 34 nach 21 Uhr (bzw. nach 20 Uhr am Wochenende und an Feiertagen in Baden-Württemberg) und bei Westwind vor. Weil mit 2500 Meter Länge zu kurz, können bisher nicht alle Flugzeugtypen bei allen Wetterlagen auf Piste 28 landen. Und Piste 32 ist mit bisher 3300 Metern Länge für Starts von Großraumflugzeugen teilweise zu kurz. Die Ausweichbahn ist jeweils die Piste 34. Doch um sie nutzen zu können, müssen die Flugzeuge jeweils die Piste 28 kreuzen.

Weitere Mitsprache bei der Schweizer Endlagersuche sicher

Die deutschen Interessen werden bei der Suche nach einem Endlager für atomaren Müll in der Schweiz weiter kompetent vertreten. Das Bundesumweltministerium verlängerte die Finanzierung dieser für die Region wichtigen Mitsprache um weitere drei Jahre.

In der Schweiz wird seit 2008 nach einem geeigneten Standort für ein atomares Endlager gesucht. Derzeit werden in Etappe 3 des Verfahrens die Standortregionen Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost vertieft untersucht, die alle in unmittelbarer Grenznähe zu Deutschland liegen.

Die Interessen deutscher Gemeinden in Grenznähe sollen bei der Endlagersuche in der Schweizer Nachbarschaft angemessen berücksichtigt werden. Um das zu gewährleisten, verlängert das Bundesumweltministerium (BMU) jetzt zum 1. Juni 2021 für weitere drei Jahre die Finanzierung der Expertengruppe Schweizer Tiefenlager (ESchT) und der gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg getragenen Deutschen Koordinierungsstelle Schweizer Tiefenlager (DKST).

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium und SPD-Bundestagsabgeordnete, sagt dazu: „Die Suche nach einem Atommüll-Endlager ist eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie kann nur transparent gelingen. Außerdem muss die

Öffentlichkeit dabei umfassend beteiligt werden. Nur so kann die Suche der Betroffenheit der Menschen gerecht werden. Landesgrenzen dürfen keinesfalls Hürde oder Nachteil sein.

Mit ESchT und DKST sorgen wir seit Jahren erfolgreich dafür, beim Sachplanverfahren die berechtigten Interessen der hiesigen Gemeinden sowie der Anwohnerinnen und Anwohner in Grenznähe zu wahren. Deutschland liefert fachlich fundierte Beiträge. Diese Arbeit ist auch in der letzten Etappe des Sachplanverfahrens notwendig und unverzichtbar. Darum war mir und dem ganzen Bundesministerium die weitere Unterstützung ein besonderes Anliegen.“

Die interdisziplinär besetzte ESchT gewährt den Stakeholdern vor Ort eine unabhängige, fachliche Expertise für die Beteiligung im Rahmen des Schweizer Auswahlverfahrens. Zur Etappe 3 hat sie beispielsweise die Erarbeitung einer grenzüberschreitenden regionalen Entwicklungsstrategie, eine geschlossene Darstellung aller Umweltauswirkungen sowie eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der deutschen Seite bei Verhandlungen über Abgeltungen und Kompensationen empfohlen.

Die Deutsche Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager bündelt die Anliegen der regional betroffenen Akteure – der Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften und Planungsverbände, aber auch der Bürgerinitiativen und der Bevölkerung. Sie stellt die Verbindung zwischen Bund, Land und Region her, sichert den gegenseitigen Informationsfluss und koordiniert die deutsche Beteiligung im Planungs- und Genehmigungsprozess der Schweiz.

„Wenn ich anzeige, was in der Zukunft sein sollte, dann kann das andere einfacher vergehen“

WIR.MACHEN.ZUKUNFT. mit Professorin Dr. Maja Göpel war ein Bündel von Impulsen, die sich nicht mit Benchmarks der Vergangenheit messen lassen. Der Online-Dialog mit der Hamburger Zukunftsforscherin ist Inspiration für alle Zukunftseher:innen.



Auf die Chat-Frage, was eine neue Regierung als erstes tun sollte, hat die Politökonomin Maja Göpel unter anderem das gesagt:

„50 Milliarden Euro nutzen wir, um fossile Brennstoffe zu subventionieren. Die sind dann – Puff – als CO₂ in der Luft. Wenn wir diese 50 Milliarden nutzen, um Windräder etc. aufzubauen, dann ist das eine Investition in die Infrastruktur. Die ist dann da. Und die Nutzung, sprich das Generieren der Energie, die ist dann ja kostenlos. Das heißt, das ist eine wirkliche Investition, die ein Vermögen aufbaut.“

Was muss dafür geschehen?

„(...) das aus dieser Verteufelung herausholen. (...) Also, die Lenkungswirkung auf den Tisch legen. Und dann ganz deutlich zeigen, wir haben viel Spielraum, wenn wir zum Beispiel mehrere Steuern auf einmal in Angriff nehmen. Weil wir sehr viele degressive Besteuerungen haben, könnten wir den Puffer bei denjenigen auch größer machen, die sich damit Lebensmittel leisten könnten, die nachhaltig produziert werden.“

Wer sind die Macher?

„(...) Jeder kann für sich immer wieder überlegen. Wo ist mein kleiner Wirkraum? (...) Manchmal braucht es ja nur die eine schlaue Frage. Muss das so sein? (...) Jeder und jede von uns hat irgendeine Kompetenz, die es an irgendeinem Zeitpunkt auf jeden Fall brauchen wird. Und das ist das Gute, wenn man systemisch denkt. Wenn man merkt, es braucht nicht die eine politische Entscheidung oder den einen Investor, sondern es braucht viele kleine Schritte aus unterschiedlichsten Richtungen, die gemeinsam auch mehr verändern können.“

Über Ehrlichkeit in der Debatte

„(...) Ich glaube, viele von diesen sehr konfrontativen Auseinandersetzungen haben ja mit Angst zu tun. (...) Ein Wir entsteht aber nicht, wenn ich in einer Bubble mit einem Algorithmus, der Agitation auch noch bestärkt, mich gegen alles hochschaukle. Sondern es entsteht, wenn man sich mit anderen Menschen in die Augen sieht und fragt, worum geht's eigentlich?“

Gefragt nach dem Best Case

„Ich würde mich riesig freuen, wenn wir die Ehrlichkeit in die Debatte rein-

kriegen würden, (...) und in die Berichterstattung. (...) nicht immer nur zeigen, so ist der CO2-Ausstoss, ach, wie schlimm, sondern immer dahinter: Das machen schon Leute. Das ist die positive Veränderung. Hier sind wir dran. (...) ist das ganz wichtig, selbst wenn wir langfristig wissen – hu, das ist ein dickes Brett, das wir da bohren, uns Indikatoren zu geben und eine Form der Messgrößen zu geben, die uns sehen lassen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. (...) Wenn ich fokussiert bleibe auf Indikatoren, die etwas anzeigen, was den Zustand begünstigt hat, der jetzt leider nicht mehr wünschenswert ist, dann wird alles als Verlust empfunden. Wenn ich aber das anzeige, was in Zukunft sein sollte, dann kann das andere auch einfacher vergehen. (...)

„Wir gucken aber immer in den Rückwärtsspiegel mit den Indikatoren und den Benchmarks der Vergangenheit, ohne zu merken, dass die dahin geführt haben, dass wir jetzt echt ein Problem haben. (...) diesen Mut, zu sagen, was sind die Worte, was sind die Messgrößen was sind die Indikatoren und die Berichterstattung, die uns sehen lassen, was wächst an sozialem Zusammenhalt, an wirklich guter Bildung, an aufgeklärten Formen des Miteinanderumgehens, an den Ökosystemen, die sich wirklich regenerieren können. (...)

„Wir brauchen diese Zukunftseher:innen, die das formulieren können. Die das nach draußen bringen und diese Geschichten umdrehen. Denn dann sehen wir, was wir bauen, und nicht, was abgebaut wird.“

Das ganze Gespräch mit Zukunftsforscherin Maja Göpel gibt's [hier](#).



[Foto: Wunderle

Wirtschaftsgespräch: Effizient und klimafreundlich bauen

Altes Wissen schafft zeitgemäße Umsetzung: Holzbau als Klimafaktor, die aktuelle Rohstoffknappheit und laufende Projekte wie der Oekogeno-Bau in Tiengen waren Gegenstand eines Wirtschaftsgesprächs, das die SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin im Umweltministerium Rita Schwarzelühr-Sutter mit den Geschäftsführenden Gesellschaftern von Holzbau Kaiser in Bernau geführt hat.

„Bemerkenswert finde ich, mit welcher Effizienz Sie Ihre Holzbauweise kontinuierlich weiterentwickeln und somit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, da diese Bauweise nur wenig CO₂ und somit auch kaum graue Energie verursacht“, bilanziert Rita Schwarzelühr-Sutter ihren Besuch.

„Das Fundament einer erfolgreichen Firma sind gut ausgebildete und hoch motivierte Mitarbeiter. Über dieses Fundament verfügen Sie hier“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter im Gespräch mit den Geschäftsführern Herbert Duttlinger, Stefan Spitz und Andreas Wiesler. Anlass des Besuchs bei Holzbau Kaiser war das Bauprojekt „Am Kaltenbach“ der Genossenschaft Oekogeno in Tiengen, bei dem mehrere Wohnungen und Einfamilienhäuser in reiner Holzbauweise entstehen. Holzbau Kaiser ist dabei die federführende Baufirma.

Regionale Wertschöpfung

Vor dem Projektbesuch in Tiengen verschaffte sich Rita Schwarzelühr-Sutter zusammen der Landtagsabgeordneten und Oekogeno-Aufsichtsratsvorsitzenden Gabi Rolland einen persönlichen Eindruck vom Firmenprofil des in Bernau ansässigen Holzbauunternehmens Kaiser. Beide zeigten sich beeindruckt von der strategischen Ausrichtung der Geschäftsführung, den modernen Anlagen und der ständig wachsenden Anzahl von Mitarbeiter:innen. Das personelle Funda-

ment des Unternehmens sei der konsequenten Ausbildung von immer neuen Fachkräften zu verdanken, für das Kaiser bereits mit dem Innovationspreis ausgezeichnet worden sei, so Rita Schwarzelühr-Sutter.

Ein sehr aktuelles Thema war der derzeitige Mangel an Baustoffen. Dieses Problem, so die Kaiser-Geschäftsführer habe sich vor vier Monaten erstmals abgezeichnet und dann kontinuierlich verstärkt. Preissteigerungen bis weit über 100 Prozent seien derzeit auch beim Baustoff Holz keine Seltenheit. Leider gebe es einige größere Sägewerke, die Gewinnmaximierung gegen langfristige und qualitativ stabilere Geschäftsbeziehungen mit heimischen Verarbeitungsbetrieben priorisierten. Die Geschäftsleitung gibt sich aber zuversichtlich, auch diese Herausforderung gut meistern zu können.

„Die derzeitige Lage ist paradox. Im letzten Jahr mussten Waldbesitzer von Bund und Land bezuschusst werden, damit sie ihr Holz loswerden und nun liegt der deutsche Markt beinahe brach. Das kann doch keiner verstehen“, sagt Rita Schwarzelühr-Sutter. „Aber vielleicht hat es die Krise gebraucht, um uns klar vor Augen zu führen, dass es wie bisher nicht weitergehen kann. Ich bin guter Hoffnung, dass der Fokus durch das vergangene krisengebeutelte Jahr mehr zu einer Wertschöpfung vor Ort geht und somit zu mehr Nachhaltigkeit – hin zu einem neuen Wir.“



|Foto: Wunderle

Sozial, nachhaltig, klimafreundlich – ein Wohnbeispiel

Wie wollen wir in der Zukunft wohnen? Ein neues Quartier am Kaltenbach in Tiengen zeigt uns dazu eine Idee auf.

Zusammen mit ihrer SPD-Landtagskollegin Gabi Rolland besuchte die Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter die Baustelle des Quartierprojektes Oekogeno in Waldshut-Tiengen. Zusammen mit Holzbau Kaiser aus Bernau entwickelt die Genossenschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzende Gabi Rolland ist, ein Wohnquartier für Menschen mit und ohne Handicap, Jung und Alt, Singles, Paare und Familien. Was hier zählt, ist die Gemeinschaft, die sich gegenseitig nachbarschaftlich unterstützen soll.

Das gesamte Quartier entsteht in Holzbauweise aus Rohmaterial, das aus dem Schwarzwald stammt und von regionalen Firmen verarbeitet wird. „So schaffen wir regionalen, nachhaltigen und sozialen Wohnraum – ein gutes Projekt nicht nur für unsere Region, sondern auch als konkrete Idee für zukünftiges Wohnen und Bauen“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter nach der Besichtigung der Baustelle in Tiengen.



|Foto: Wunderle

95.000 Euro Zuschuss fürs Familienzentrum

Zu 100 Prozent wird der Bau von zwei Dächern über der Terrasse und der Naturbühne im Familienzentrum in Lauchringen gefördert. Beide Maßnahmen sind zum Schutz gegen Regen und Hitze gedacht. Und damit gegen die Folgen des Klimawandels.

Mit einem symbolischen Scheck übergab die SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, den entsprechenden Förderbescheid über exakt 95.562,72 Euro. Das Geld stammt aus dem Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ und kommt Kindern, Familien und der Umwelt gleichermaßen zugute.

„Das nenne ich eine Investition in die Zukunft“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter. Auf diesem Wege würden Maßnahmen gegen den Klimawandel verbunden mit einer Verbesserung des Arbeitsumfeldes und der Lebensqualität in den Einrichtungen. Denn der Klimawandel stelle soziale Einrichtungen zunehmend vor immer größere Herausforderungen.

Parkprogramm_1: 391.500 Euro für den Riedpark

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat über die Projektliste für das Sonderprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel des Bundes (Parkprogramm) 391.095 Euro zur Gestaltung des Riedparks in Lauchringen bewilligt.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter sagt dazu: „Ich freue mich sehr, dass mein Heimatort Lauchringen einen aktiven Beitrag zur Minderung von klimaschädlichem CO₂ leistet und dabei vom Bund finanziell unterstützt wird. Die Schaffung zusätzlicher Grünflächen führt zu mehr Artenvielfalt vor Ort, beispielsweise durch Neu- und Ersatzpflanzungen. So gehen Umweltschutz und moderne Quartiersgestaltung zukunfts-fähig Hand in Hand.“

Die Gemeinde Lauchringen plant die Anlegung einer Grünfläche zwischen dem bestehenden Wohngebiet Riedpark und der verlegten Riedstraße. Aktuell ist die Fläche belegt als Baustelleneinrichtungsort für ein abgeschlossenes Projekt und wird nun rückgebaut. Nach Abschluss dieser Maßnahme soll die Fläche als attraktive Grünfläche gestaltet werden. Dazu sollen die Flächen entsiegelt und zahlreiche Bäume gepflanzt werden, um die Artenvielfalt zu erhöhen. Es soll ein Trinkwasserbrunnen errichtet werden. Wege und Treppen sollen an den Rad- und Gehweg anschließen und mit dem Gebiet Riedpark verbinden. Mit der Umsetzung soll parallel

zu der geplanten Bahnunterführung in 3 Jahren begonnen werden.

Mit dem Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel werden bundesweit 100 Millionen Euro für Projekte ausgeschüttet, die einen aktiven Beitrag gegen den Klimawandel leisten. Das Förderprogramm unterstützt konzeptionelle und investive Projekte mit hoher Wirksamkeit für Klimaschutz (CO₂-Minderung) und Klimaanpassung, mit hoher fachlicher Qualität, mit überdurchschnittlichem Investitionsvolumen oder mit hohem Innovationspotenzial.

Parkprogramm_2: 250.000 Euro für Knöpfleswies 2.0

Und Geld aus diesem Sonderprogramm des Bundes zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (Parkprogramm) gab es auch für die Stadt Singen: Der Haushaltsausschuss hat 250.000 Euro für das „Urban Update Knöpfleswies 2.0“ locker gemacht.

Dazu Rita Schwarzelühr-Sutter: „Ich freue mich für die Stadt Singen. Mehr Grünflächen sind wichtig, weil unsere Städte aufgrund des Klimawandels immer wärmer werden. Grünflächen kühlen nicht nur Städte und binden CO₂, sondern sie können auch mit insektenfreundlichen Pflanzen gestaltet werden und dadurch der biologischen Vielfalt dienen.“

Die Stadt Singen plant die Umnutzung der Frei- bzw. Grünfläche „Knöpfles-

wies“, welche sich im Norden erstreckt und eine Fläche von rund zwei Hektar aufweist. Seit etwa 100 Jahren wird die Fläche an Privatpersonen verpachtet und großflächig als Kleingartenanlage genutzt. Eine Bürgerinitiative und die Aussagen des städtischen Klimagutachtens stießen eine intensive Debatte über die weitere Nutzung der Fläche an. Nun soll die Fläche einer ökologischen Aufwertung unterzogen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das Vorhaben betrifft Baumaßnahmen wie Parzellenumlegung und Reduzierung der Gartenanlagen, Neu- und Ersatzpflanzungen, Anlegen mehrerer Biotope und Naturgärten sowie Schaffung von Lebensräumen für die Artenvielfalt.

Die Kosten für das Projekt „Knöpfleswies 2.0“ belaufen sich auf 326.000 Euro. Davon fördert der Bund 250.000 Euro. Mit dem Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel werden bundesweit 100 Millionen Euro für Projekte investiert, die einen aktiven Beitrag gegen den Klimawandel leisten. Das Förderprogramm unterstützt konzeptionelle und investive Projekte mit hoher Wirksamkeit für Klimaschutz (CO₂-Minderung) und Klimaanpassung, mit hoher fachlicher Qualität, mit überdurchschnittlichem Investitionsvolumen oder mit hohem Innovationspotenzial.



<http://t.me/ritaschwarzeluehrsutter>

Generation Corona im Aufbruch

Online-Dialog am Donnerstag, 17. Juni 2021 - 18:00 Uhr

Anmeldung unter rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de



Peter Knorre,
Kinder- und Jugendhaus
Bad Säckingen

Rita
Schwarzuelühr-Sutter
Bundestagsabgeordnete

Dr. Clemens Keutler
Chefarzt für Kinder- und Jugend-
psychiatrie, Lörrach

Silke Padova
Kinder- und Jugendreferat
Waldshut-Tiengen

ONLINEDIALOG Generation Corona im Aufbruch

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB,
trifft im Online-Dialog auf
drei Jugendliche & drei Experten

Seit Monaten leben Kinder und Jugendliche in der familiären Isolation. In ihrer Generation häufen sich körperliche und psychische Erkrankungen. Die Kita war zu und Schule war anders. Ein Jahr Lebenlernen ist auf der Strecke geblieben. Das Defizit sei unumkehrbar, sagen die einen. Andere sehen nicht so schwarz. Unbestritten ist, dass die Kinder und Jugendlichen am Ende des dritten Lockdowns mehr als die Reaktivierung ihrer Kontakte brauchen.

Was Kinder und Jugendliche belastet, und wie die Masken für sie endlich wieder Gesichter bekommen? Darüber und was jetzt notwendig ist, um die Langzeitfolgen für die Generation Corona zu bewältigen, spricht Rita

Schwarzuelühr-Sutter am Donnerstag, 17. Juni 2021, um 18:00 Uhr in einem öffentlichen Dialog (Zoomkonferenz) mit betroffenen Jugendlichen und diesen regionalen Experten:

Dr. Clemens Keutler, Chefarzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie am St. Elisabethen-Krankenhaus in Lörrach.

Silke Padova, Kinder- & Jugendreferat, Waldshut-Tiengen

Peter Knorre, Kinder- und Jugendhaus, Bad Säckingen

Nach einer [Anmeldung per Mail](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de) unter rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de werden am Tag vor der Veranstaltung Zugangsdaten für die Onlinekonferenz verschickt. Fragen und Beiträge zum Thema können gerne auch schon vorab unter dieser Adresse formuliert werden.

FRAKTION VOR ORT

Chancengleichheit & digitales Lernen

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
trifft auf Saskia Esken, MdB

Die Corona-Pandemie hat uns jetzt viele Wochen vor große Herausforderungen gestellt. Der Wechsel von Präsenz- und Fernunterricht sowie digitales Lernen hat den Schulalltag fast ein ganzes Jahr lang geprägt.

Dass die soziale Herkunft über Bildungschancen entscheidet, ist durch Corona noch einmal um vieles deutlicher geworden. Nicht alle Eltern haben die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten und ihren Kindern bei den Schularbeiten zu helfen. Außerdem fehlt es den Familien oftmals an digitaler Ausstattung.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Bundestag vielfältige Hilfen durchgesetzt, um auch in der Pandemie allen Kindern einen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Dazu zählt insbesondere die Aufstockung des Digitalpaktes Schule, der die Versorgung von Schüler:innen und Lehrkräften mit digitalen Endgeräten vorsieht.

Die **SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter** lädt gemeinsam mit der **Digitalexpertin Saskia Esken, MdB** zu einer Online-Diskussion ein. Saskia Esken wird die aktuelle Problemlage analysieren und die Ideen und Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion für eine gute digitale Bildung vorstellen. Mit seiner Perspektive aus der Praxis wird **Dr. Peter Schallmayer**, Lehrer an der Waldshuter Justus-von-Liebig-Schule zur Debatte beitragen.

Die beiden Bundestagsabgeordneten möchten mit Ihnen am **Mittwoch, 30. Juni 2021, um 19:00 Uhr** die folgenden Fragen diskutieren: Wie nutzen wir – Schüler, Eltern, Lehrer – den Schub für digitale Technologien, den wir durch Corona erlebt haben, für mehr digitale Bildung? Kann Digitalisierung einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten?

Anmeldungen für den Online-Dialog mit der Fraktion vor Ort sind möglich unter spdfraktion.de/termine

MITMACHEN! Aktiv für Demokratie und Toleranz

Zum 21. Mal hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) den Wettbewerb "[Aktiv für Demokratie und Toleranz](#)" ausgeschrieben. Den Gewinner:innen winken Geldpreise in Höhe von bis zu 5.000 Euro und ein Workshop-Angebot, das die Interessen der Preisträgerprojekte aufgreift.

Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich praktischer Demokratie- und Toleranzförderung. Demokratie bedeutet, sich in die Angelegenheiten vor Ort einzumischen und beginnt beispielsweise in der Familie, in der Schule oder in der Freizeit. Ausgezeichnet werden Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz im Alltag kreativ mit Leben füllen.

Gesucht werden in diesem Jahr vor allem Projekte, die dieses Engagement digital umgesetzt haben:

- Herausforderungen der Pandemie meistern, Chancen nutzen;
- gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und gesellschaftlicher Spaltung entgegenwirken;
- sich gegen politischen Extremismus engagieren und Gegenstrategien entwickeln;
- Haltung zeigen und aktiv gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind.

Bewerbungen sind noch bis zum 27. Juni möglich.



|Foto: Landratsamt WT

Endlich wieder Kultur. Live vor Ort im Schloss Bonndorf. Und es ist ein sehr sehenswerter Neustart, denn der Landkreis präsentiert dort das großartige fotografische Wirken von Herlinde Koelbl. Und die Fotografin selbst präsentierte zum Auftakt der Ausstellung vor geladenen Gästen ihr Bilderwerk von den Menschen in Uniformen – und auch ohne. Doppelporraits zwischen Amt und Privatsphäre, die alle eine eigene Geschichte haben. Eben erzählt von Herlinde Koelbl, die für ihre „Spuren der Macht“ viele Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft fotografiert hat.



[http://t.me /ritaschwarzueluehrsutter](http://t.me/ritaschwarzueluehrsutter)



|Foto: Peter Hilmers

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir gehen in die Zukunft – gemeinsam mit unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und dem DBU-Generalsekretär Alexander Bonde habe ich als Kuratoriumsvorsitzende der Deutschen Bundesstiftung Umwelt am Donnerstag im Park von Schloss Bellevue die Woche der Umwelt (WdU) eröffnet. Der Bundespräsident hat in seiner Klimarede die Menschen auf eine Transformation der Gesellschaft in gewaltiger Dimension vorbereitet.

Ich hoffe, Sie hatten eine informative Lektüre! Gerne können Sie sich jederzeit bei mir melden. Wir gehen online und tauschen uns aus. Oder Sie besuchen mich auf meiner Webseite und folgen mir auf Facebook, Twitter und Instagram. Mit den QR-Codes auf einzelnen Seiten dieses Newsletters geht das einfach.

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

T: 030 – 227 73 071

F: 030 – 227 76 173

M: rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen

T: 07751 – 91 76 881

F: 07751 – 91 76 882

M: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de